

Auszug aus dem Buch:

*Gefangen im Euro*

*Hans-Werner Sinn*

Redline: München, 2014, 224 Seiten.

Teil III: „Europa nach vorn denken“

S. 167 – 189

# INHALT

<i>Vorwort – Aufschwankendem Grund . . . . .</i>	7
<i>Prolog – Politische Interessen, ökonomische Gesetze und der Euro. . .</i>	13

## **Teil I:**

### **Die Eurokrise verstehen – ein Drama in sieben Akten . . . . .** 17

<i>Missachtung des Maastrichter Vertrags: Die Kreditblase als erste Krisenstufe . . . . .</i>	17
<i>Sind die Ökonomen schuld? Oder: Warum auch wir für Cristiano Ronaldo haften . . . . .</i>	29
<i>Zweiter Akt: Selbstbedienung mit der Druckerpresse . . . . .</i>	39
<i>Parlamente als Erfüllungsgehilfen der Europäischen Zentralbank .</i>	46
<i>Hinter den Kulissen: Wie Deutschland ausgespielt wurde . . . . .</i>	54
<i>Dritter Krisenakt: Der Kauf der Staatspapiere gegen das Votum der Bundesbank . . . . .</i>	71
<i>Noch tiefer im Haftungsstrudel: Die Rettungsschirme EFSF und ESM – vierter Akt der Eurokrise . . . . .</i>	73
<i>Das OMT-Programm der EZB – fünfter Akt des Dramas . . . . .</i>	76
<i>Hoffnung: Die Grätsche des Bundesverfassungsgerichts in die Politik der EZB . . . . .</i>	82
<i>Es kommt noch schlimmer – die Bankenunion als sechster Krisenakt . . . . .</i>	94
<i>Siebter Akt: Eurobonds – ein Hauch von DDR und die Enteignung der Sparer . . . . .</i>	102
<i>Wo stehen wir? Ist die Krise vorbei?. . . . .</i>	113

<b>Teil II:</b>	
<b>Die Krise dauerhaft bewältigen – ein Sechs-Punkte-Programm . . . . .</b>	<b>125</b>
<i>TOP 1 Alles auf den Tisch:     Schuldenkonferenz und Schuldenschnitt . . . . .</i>	<i>128</i>
<i>TOP 2 Das kleinere Übel:     Schneller Austritt überschuldeter Länder aus der Eurozone. . . . .</i>	<i>134</i>
<i>TOP 3 Eigenleistungen der Euro-Krisenländer:     Pfänder und Vermögensabgaben . . . . .</i>	<i>154</i>
<i>TOP 4 Die Neuordnung des EZB-Systems:     Damit keine neuen Kreditblasen entstehen . . . . .</i>	<i>156</i>
<i>TOP 5 Der »atmende Euro«:     Feste Regeln für zukünftige Ein- und Austritte . . . . .</i>	<i>164</i>
<i>TOP 6 Eine Konkursordnung für die Eurostaaten . . . . .</i>	<i>165</i>
<b>Teil III: Europa nach vorn denken. . . . .</b>	<b>167</b>
<i>Die Vereinigten Staaten von Europa: Ja, aber ... . . . .</i>	<i>167</i>
<i>Eine Konföderation nach Schweizer Vorbild . . . . .</i>	<i>182</i>
<b>Danksagung . . . . .</b>	<b>190</b>
<b>Der Autor . . . . .</b>	<b>191</b>
<b>Der Gesprächspartner von Hans-Werner Sinn . . . . .</b>	<b>193</b>

# Teil III: Europa nach vorn denken

Die Vereinigten Staaten von Europa: Ja,  
aber ...

***In dieser gefährlichen Eurokrise, die auch den europäischen Frieden bedroht: Halten Sie die europäische Integration für gescheitert?***

Tja. Kommen wir eines fernen Tages zu den Vereinigten Staaten von Europa oder nicht? Mein Traum ist es. Aber auf welchem Weg? Für meine Generation und für viele Deutsche ist das vereinte Europa ein Ziel, für das es lohnt zu arbeiten. Das hat wohl mit unserer Vergangenheit zu tun, mit dem Wunsch, Teile unserer Geschichte abzuschütteln. Das kann man negativ sehen. Ich aber sehe es positiv, nämlich als Ergebnis eines schwierigen historischen Erkenntnisprozesses, an dessen Ende wir begriffen haben, dass es allein nicht geht.

In Europa schwärmen heute viele Politiker aus Krisenländern von einer Fiskalunion wie im amerikanischen Bundesstaat, mit einem gemeinsamen Budget für bundesstaatliche Aufgaben, um so ihre Finanzprobleme zu vergemeinschaften. Ich verstehe ihren Traum, aber man muss ihnen entgegenhalten, dass eine solche Fiskalunion nicht *vor*, sondern nur *nach* der Gründung eines europäischen Bundesstaates kommen kann. Ein Bundesstaat ist eine Versicherung auf Gegenseitigkeit. Nur er kann den heutigen Geberländern die Gewissheit geben, dass sie als Gegenleistung für ihre Hilfen auch ein wenig Schutz für ihre Kinder und Kindeskindern erhalten, sollten diese einmal in Schwierigkeiten geraten.

### ***Sie hängen sehr an Europa ...***

Ja, in der Tat. Als junger Mensch habe ich an so manchem Ferienlager in Frankreich teilgenommen, die es nur deswegen gab und gibt, weil die deutsch-französische Verständigung gelungen ist. Meine Liebe zu dem Land und den Menschen ist dadurch gewachsen. Ebenso verbindet mich viel mit einer Reihe anderer Länder in- und außerhalb Europas, so insbesondere mit Kanada, den USA, mit Finnland, Israel und Italien. Ich habe dort und auch in anderen Ländern viele Freunde und Bekannte. Die Freizügigkeit, das Leben ohne sichtbare Staatsgrenzen, das meiner Generation erstmals in der jüngeren Geschichte ermöglicht wurde, der Ausgleich mit den Nachbarn und der Frieden, die Selbstverständlichkeit im Austausch über die Landesgrenzen hinweg sind unverzichtbare Errungenschaften und bleibende Postulate der deutschen Politik. Und genau darum geht es. Die Freunde in Europa sollen Freunde bleiben. Ich will nicht mit ihnen über die Rückzahlung von öffentlichen Krediten und die Zinskonditionen für diese Kredite diskutieren müssen, sondern ich will mit ihnen in gutnachbarschaftlicher Beziehung weiterleben, statt als deutscher Steuerzahler ihr Gläubiger zu werden.

Diejenigen, die den Kurs einer Vergemeinschaftung der Schulden fahren, nehmen für sich in Anspruch, die besseren Europäer zu sein. Sie versuchen, diejenigen, die einen anderen Weg nach Europa suchen als den, auf den sich die Politik eingelassen hat, in die anti-europäische oder gar nationalistische Ecke zu drängen. Das ist eine ziemlich billige Masche, ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver von der eigenen Konzeptions- und Ratlosigkeit.

Ich glaube, niemand erhofft sich das vereinte Europa so sehr wie wir Deutschen. Die Realität sieht aber leider so aus, dass die anderen Länder keine so starke Bindung mit uns suchen wie wir mit ihnen.

Wenn Sie mir eine etwas überzogene, aber in ihrem Kern meines Erachtens zutreffende Karikatur erlauben wollen: Das ist wie bei einem Paar, bei dem der eine liebt und heiraten will, und der andere hauptsächlich an das Geld des Partners heranmöchte, am liebsten noch, bevor der Ehevertrag geschlossen wird.

---

***Was würde die Idee der Vereinigten Staaten von Europa konkret und in der Umsetzung bedeuten?***

Sie würde bedeuten, dass man eine neue Ebene des Staates schafft: mit einer echten europäischen Regierung, einem wesentlich höheren Budget, eigenen Steuern, kontrolliert durch ein Parlament mit einer proportionalen Repräsentanz aller Völker Europas – eine Machtzentrale, die keine getrennten Armeen mehr kennt. Dazu mit einem Zweikammersystem, wie Joschka Fischer es vorgeschlagen hat, mit einem Parlament und einem Senat. Eine schöne Vision, die funktionieren könnte.

Aber: Man muss diesen Staat auch gründen. Und genau hier liegt für mich der entscheidende Punkt. Ich halte es nicht für vertretbar, riesige Rettungsaktivitäten und Transfersysteme in Gang zu setzen, ohne dass nicht vorher von allen Mitgliedstaaten eine Art Versicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit unterschrieben wird, indem sie den Bundesstaat gründen und die Armeen Europas vereinen und der nationalen Kontrolle entziehen. Ich betone: vorher, nicht nachher! Ein Großteil des Meinungsstreits bezüglich der weiteren Entwicklung der Europäischen Union lässt sich auf die einfache Frage herunterbrechen, ob wir unser Geld vor oder nach der Unterschrift unter den Ehevertrag in die Gemeinschaftskasse geben wollen.

Amerika schuf einen Bundesstaat, in dem es heute sehr viele Transfers zwischen den Einzelstaaten gibt. Aber erst kam der Staat als gemeinsames Verteidigungsbündnis, und dann entstand allmählich im Laufe zweier Jahrhunderte der Zentralstaat mit fiskalischen Aufgaben, die den Einzelstaaten einen gewissen Versicherungsschutz bieten. Wenn ein Einzelstaat wirtschaftlich absinkt, gibt es bundesstaatliche Ausgaben für die Autobahnen, Bundesbehörden und alle möglichen anderen Dinge. Und auch die Arbeitslosenversicherung bietet einen gewissen Schutz. Auch für Europa wäre so etwas möglich, aber nur nachdem der gemeinsame Staat wirklich gegründet wurde – und keinen Moment eher. Um im Bild zu bleiben: Zunächst muss der Ehevertrag unterschrieben werden, mit Leistungen und Gegenleistungen der einzelnen Partnerstaaten und der Zentralgewalt, mit festen Regeln für Hilfen, von denen ich einige wichtige beschrieben habe, auch mit einer klaren Regel für eine mögliche Scheidung, und erst dann kann gerettet und transferiert werden.

---

### ***Das hört sich schön an, fast romantisch ...***

Ich mache mir keine Illusionen. Es wird noch sehr viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bevor er keine Staatsgrenze mehr ist. Dennoch braucht Europa das Leitbild eines im Endeffekt gemeinsamen Bundesstaates, damit die Richtung seiner Reformen klar bleibt, und es braucht das klare Verständnis, dass die Transferunion vorher nicht zu haben ist.

Die Welt ist voller Konflikte. Auch Europa wird wieder in solche Konflikte hineingezogen werden. Ich erwähne nur den Konflikt mit dem Iran, der vor zwei Jahren zu eskalieren und in einen Schlagabtausch zwischen dem Iran und Israel auszuarten drohte, der aus verschiedenen Gründen auch Konsequenzen für die deutsche Sicherheitslage

gehabt hätte. Eine atomare Bedrohung Europas aus dem Mittleren Osten oder sonst woher ist für den Rest dieses Jahrhunderts nicht auszuschließen. Gefahrenherde rund um Europa herum gibt es genug. Man denke nur an die Ukraine, die die Europäische Union auf Druck der USA in einer ziemlich unüberlegten Aktion an sich koppeln und aus der russischen Einflussphäre herausholen wollte. Wenn es kritisch wird, wird Europa auch politisch zusammenwachsen, so wie Staatenbündnisse eigentlich immer aus militärischer Bedrohung entstanden sind. Die Vorstellung indes, dass wir in einer Gefahrensituation erst mit Frankreich über die Struktur des neuen Staates verhandeln müssen, bevor es zustimmt, auch uns mit seiner *Force de Frappe* – also seiner Atomstreitmacht – zu schützen, erfüllt mich mit Sorge. Solche Verhandlungen sollten wir lieber bald führen und nicht erst, wenn eine militärische Notsituation eingetreten ist.

Die Neudefinition, ja dramatische Kehrtwende der deutschen Position bei europäischen Militäreinsätzen, die Anfang des Jahres 2014 vom deutschen Bundespräsidenten in einer viel beachteten Rede in München, die sicherlich mit der Bundesregierung abgestimmt war, vorgetragen wurde, hatte mich anfangs mit einer gewissen Sorge erfüllt. Denn ich hielt es immer für ratsam, sich nicht in die französischen oder britischen Eskapaden mit hineinziehen zu lassen. Die Perspektive eines europäischen Staates freilich, der auch ein gemeinsames Verteidigungsbündnis ist, lässt mich in dieser Neudefinition einen tieferen Sinn erblicken.

---

***Stichwort Frankreich: Wie schätzen Sie dessen zukünftige Entwicklung ein?***

Frankreich wird von den Kapitalmärkten immer noch als sicheres Land angesehen. Das liegt aber nicht an der Wirtschaft, sondern das



liegt an seiner politischen Macht und der Erwartung, dass Frankreich alle Unterstützungsaktionen, die man sich nur vorstellen kann, wird organisieren können – bis hin zu Eurobonds. Die französische Wirtschaft ist ziemlich lädiert. Eine Autofabrik nach der anderen macht zu. Die französische Deindustrialisierung hat beängstigende Ausmaße angenommen. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung ist im freien Fall begriffen und liegt bei nur noch 10 Prozent, während dieser Anteil in Deutschland stabil bei etwa 22 Prozent liegt. Frankreich hat die Arbeitsplätze, die in der Industrie verloren gingen, im Staatssektor neu geschaffen. Aber dort wird nichts produziert, das sich für den internationalen Handel eignet und Devisen für den Kauf von Importen verdient.

---

### ***Also auf dem Weg in griechische Verhältnisse?***

Nein, davon kann keine Rede sein. Aber gesund ist die Entwicklung keineswegs. Die Staatsquote ist heute die zweithöchste aller OECD-Länder nach Dänemark. Dänemark leidet unter einer ähnlichen Deindustrialisierung und hat ebenfalls viele Arbeitnehmer in den Staatssektor geschoben. In Frankreich und Dänemark sind anteilig doppelt so viele Leute im Staatssektor beschäftigt wie in Deutschland. Das wird dann paradoxerweise von einigen noch als Erfolgsmodell angesehen. Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen. Weder Dänemark noch Frankreich machen derzeit einen gesunden Eindruck. Aber während Dänemark im Prinzip die Möglichkeit hat, sich vom Wechselkursverbund mit dem Euro zu lösen, ist Frankreich im Euroverbund gefangen wie die Südländer und kann seine Wettbewerbsfähigkeit allenfalls durch einen mühsamen Prozess der Preis- und Lohnsenkung wieder verbessern. Frankreich müsste nach einer Schätzung der volkswirtschaftlichen Abteilung von Goldman Sachs um circa 20 Prozent real abwerten, also im Verhältnis zum Durchschnitt der

Eurozone um 20 Prozent deflationieren. Wie sollen die Franzosen das jemals hinkriegen? Wenn es gelänge, wäre es das Analogon der fortwährenden Abwertung des Franc in früheren Jahrzehnten. Frankreich wird das aber nicht schaffen. Das heißt, das Land wird auch weiterhin Hilfe brauchen, nicht notwendigerweise direkt, sondern indirekt wie heute, indem die Kreditkunden der französischen Banken und die Abnehmer der französischen Waren in Südeuropa mit Rettungsgeldern aus der Druckerpresse oder von den Rettungsfonds geschützt werden.

Vielleicht wird das Land aber auch direkte Hilfen verlangen. Die Eurobonds habe ich erwähnt. Auch Transfers könnte Frankreich verlangen. Schon jetzt wird vom französischen Finanzminister gefordert, dass die Lasten aus der Arbeitslosigkeit mithilfe einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung umgelegt werden sollen. Das wäre ein solcher unmittelbarer Geldtransfer nach Frankreich. Weitere Forderungen dieser Art werden mehr und mehr kommen, das ist meine feste Überzeugung. Das heißt, die Transferunion, die an vielen Orten im Süden Europas gerade vorbereitet wird, wird perspektivisch Frankreich als Empfängerland einschließen. Aber dann haben wir schon 60 Prozent der Bevölkerung der Eurozone, die in Empfängerländern sitzen. Wie soll das funktionieren? Es kann nicht funktionieren.

---

### ***Also doch kein gemeinsamer europäischer Staat?***

Lassen Sie es mich so sagen: Der gemeinsame europäische Staat wird nicht mehr kommen, wenn wir jetzt eine Fiskal- bzw. eine Transferunion ohne die Gründung eines Staates auf den Weg bringen. Eine solche Union vervollkommnet die Schuldensozialisierung, indem ein gemeinsames Budget und eine gemeinsame Steuerhoheit der Euroländer geschaffen wird, um auf diese Weise Finanzmittel von den Ländern

mit einer funktionierenden Steuerverwaltung zu den weniger gut organisierten Ländern zu leiten, die diese Länder wiederum in die Lage versetzen, ihre Schulden trotz fehlender Steuerkraft zu bedienen. Genau eine solche Union droht gerade. Wenn Sie mir noch einmal den ironischen Vergleich erlauben: Wir sind die Braut, deren Geld aus der Sicht des Bräutigams wesentlich schöner als ihr Antlitz ist. Wenn sie ihr Geld vorher herausrückt, wird es zu der Ehe vermutlich niemals kommen, der Ehevertrag wird nie unterschrieben, und das Geld ist weg. Deswegen meine ich auch, dass wir, wenn wir den Staat nicht gründen, auch nicht in Richtung einer Fiskal- und Transferunion gehen dürfen.

Das würde all den Fehlern, die wir mit und seit der Einführung des Euro gemacht haben, noch einen weiteren draufsetzen und die vorigen verstärken. Wenn wir schon keinen gemeinsamen europäischen Staat haben können, dann sollten wir lieber auf dem Maastrichter Vertrag mit seiner Nichtbeistandsklausel beharren. Das Recht ist ja auf unserer Seite. In der Maastricht-Welt ist der Euro nur eine gemeinsame Verrechnungseinheit und kein Transfersystem, und er ist rund um das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Staaten in der Eurozone konstruiert. Sollten wir also keinen gemeinsamen europäischen Staat gründen, den Euro aber erhalten wollen, so müssen wir wieder zu den Kernideen des Maastrichter Vertrags zurückkehren.

Das ist nicht nur nötig, um die gewaltigen Vermögensverluste, die uns bei einer Fiskalunion drohen, zu vermeiden, sondern vor allem auch, um den ewigen Streit zwischen den Völkern Europas zu verhindern, der unweigerlich entsteht, wenn man Schuldverhältnisse zwischen den Völkern Europas aufbaut. Das weitere Anwachsen der Schuldenlawine lässt sich nicht durch Fiskalpakete stoppen, die keiner einhält, sondern nur durch den Verzicht auf eine Vergemeinschaftung der Schulden; jeder Staat muss für seine Schulden einstehen und darf nicht darauf hoffen können, dass andere für ihn eintreten.

Und selbst wenn der gemeinsame Staat gegründet wird, so heißt das noch immer nicht, dass wir einen Haftungsverbund zur Schuldensozialisierung haben sollten. Auch die USA und die Schweiz kennen, wie erwähnt, aus guten Gründen keinen internen Haftungsverbund. Denn wenn man einen Haftungsverbund anstrebt, wie das die Euro-Schuldnerländer tun, braucht man einen viel stärkeren Zentralstaat als in den USA oder der Schweiz, nämlich eine Zentralinstanz mit Durchgriffsrechten, wie sie die deutschen Länder gegenüber ihren Gemeinden haben, für deren Schulden sie im Außenverhältnis haften. Man braucht also wie in Deutschland die Möglichkeit, einen Staatskommissar einzusetzen, der das Recht hat, ersatzweise Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Die Übertragung eines solchen Systems auf Europa halte ich für völlig ausgeschlossen, denn es wäre ein Europa, das auf Zwang und nicht auf der freiwilligen Zustimmung der Völker und Bürger beruht. Eine europäische Einigung mit imperialem Vorzeichen ist eine Perversion der europäischen Vision von einem Bündnis der Völker, das auf Freiwilligkeit beruht und allseits Vorteile bringt. Es darf daher auch in den Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie denn kommen sollten, keine Haftungsunion geben. Vielmehr muss das Prinzip der Selbstverantwortung gelten, so wie es in den meisten Föderationen dieser Welt der Fall ist, die die Bezeichnung »Bundesstaat« oder »Föderation« zu Recht tragen.

---

***Können Sie sich vorstellen, dass wir Deutschen den Euro verlassen?  
Zum Beispiel leben ja auch Dänemark oder Schweden ohne ihn ...***

Ich kann mir manches vorstellen, dies aber nun wirklich nicht gern. Dänemark ist da im Übrigen nur ein begrenzt gutes Beispiel, da es sich durch die Anbindung der dänischen Krone an den Euro wie ein Mitglied der Eurozone verhalten muss. Das Land hat sich zwar lange gut entwickelt, steckt nun aber in einer erheblichen Krise. Die

Arbeitslosenzahlen sind in die Höhe geschossen. Ganz anders ist es in Schweden, wo man es wirklich ohne den Euro geschafft hat. Schweden wies früher eine Staatsquote von über 70 Prozent auf. Dem Land ist es in den letzten 20 Jahren gelungen, diese Quote dramatisch zu senken, was auch an der aktivierenden Sozialpolitik lag, mit der man in den 1990er-Jahren begann. Nach einer Abwertung Anfang der 1990er-Jahre wurde es wieder wettbewerbsfähiger und wächst heute am schnellsten von allen westeuropäischen Ländern.

Was nun Deutschland betrifft, so bin ich fest überzeugt, dass wir ohne den Euro eine viel bessere Wirtschaftsentwicklung gehabt hätten, jedenfalls eine bessere als in der Konstellation, die wir jetzt haben, mit jenen Ländern in der Eurozone, die laut den ursprünglichen Verträgen gar nicht hätten beitreten dürfen. Wir wären nicht seit 1995, dem Jahr der verbindlichen Ankündigung des Euro, unter den Ländern, die heute zum Euroverbund gehören, beim Bruttoinlandsprodukt je Kopf vom zweiten auf den siebten Platz abgesunken, wie wir es trotz des Booms der letzten drei Jahre taten. Hätte es in der Eurozone gleich zu Beginn eine Kerngruppe nur mit jenen Ländern gegeben, die dort laut Maastrichter Vertrag auch wirklich hingehören, dann hätte Deutschland vermutlich besser abgeschnitten als ohne den Euro. Insofern möchte ich meine Aussage nicht verabsolutieren. Es wäre ein Eurosystem denkbar gewesen, das uns gutgetan hätte.

---

***Also hat uns insgesamt die Mitgliedschaft in der Eurozone, so wie sie sich entwickelt hat, geschadet, und wir sind keine Euro-Gewinner ... ?***

Was wir bekommen haben, hat uns in der Tat massiv geschadet, weil ein Teil des deutschen Sparkapitals in Südeuropa verbrannt wurde. Unsere Banken und Lebensversicherer haben dort bedenkenlos

investiert, und sie wurden dann von den Steuerzahlern, die hinter der EZB und den Rettungsschirmen stehen, gerettet. Mit dem Geleitschutz des OMT-Programms der EZB setzt sich dieser Prozess heute gerade wieder so fort wie vor der Krise. Wieder gehen die Banken und Lebensversicherer in riesigem Umfang mit unseren Spargeldern in südeuropäische Staatspapiere, und wieder werden die Steuerzahler die Lasten tragen müssen. Privatwirtschaftlich erwirtschaftet man Renditen, die aus der Sicht der deutschen Volkswirtschaft Scheinrenditen sind. Je lauter die Finanzmärkte, die EU und die EZB jubeln, desto eher sollten wir uns sorgen. Wenn es stimmen würde, was die Rettungspolitiker immer wiederholen, dass Deutschland der Profiteur des Euro war, dann hätten wir auf der Wohlstandsleiter des BIP pro Kopf auf- statt absteigen müssen. Das ist aber nicht der Fall.

---

***Sieht man nicht an den Exportüberschüssen, dass Deutschland vom Euro profitiert hat?***

Nein, eine solche Interpretation der Überschüsse ist falsch, denn Exportüberschüsse bei Gütern und Leistungen sind definitionsgemäß dasselbe wie Kapitalexporte. Ein Land erwirtschaftet für die Güter und Leistungen, die es produziert, Einkommen, die genauso groß sind wie der Wert dieser Güter und Leistungen. Wenn das Land einen Teil seines Einkommens ins Ausland verleiht, statt es zur Gänze selbst für Konsum und Investitionen zu verbrauchen, dann verleiht es Verfügungsrechte über Güter und Leistungen, und mit diesen Verfügungsrechten fließen per Saldo auch solche Güter und Leistungen selbst ins Ausland.

Der deutsche Exportüberschuss kam nach der Ankündigung und Einführung des Euro zustande, weil in Deutschland nicht mehr in-

vestiert wurde und die eigenen Einkommen zunehmend ins Ausland verliehen wurden. Das erzeugte in Deutschland eine Flaute mit einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit und einer Wachstumsschwäche, die uns zum kranken Mann Europas machte, uns gleichzeitig aber einen Exportüberschuss bescherte. Dort, wo das deutsche Geld hinfloss, unter anderem in Südeuropa, stand stattdessen mehr als nur das eigene Einkommen für Konsum und Investitionen zur Verfügung. Dort entstanden ein Importüberschuss und der inflationäre Kreditboom, der die Länder ihrer Wettbewerbsfähigkeit beraubte und zur Katastrophe wurde, als die Kredite nicht mehr flossen und die Preise nicht fallen wollten.

Dies ist das Grundgesetz des Kapitalismus. Wenn Sparkapital von Region A nach Region B fließt, kommt A in die Flaute und B in den Boom. Das Flautegebiet A bleibt mit den Importen zurück, und die Exporte, da es relativ billiger wird, steigen. Im Boomgebiet steigen stattdessen die Einkommen und die Importe, doch die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte wird durch Lohnsteigerungen unterminiert. Die von Laien immer wieder zu hörende Interpretation, dass die deutschen Außenhandelsüberschüsse zeigen, dass Deutschland der Gewinner des Euro war, ist deshalb geradezu absurd. Ob man Gewinner oder Verlierer war, lässt sich an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ablesen, und die zeigt nun mal, dass das Euro-Experiment für Deutschland auch dann ein wirtschaftlicher Fehlschlag gewesen wäre, wenn man uns das im Ausland gebildete Sparvermögen im Zuge der Rettungsarchitektur nicht entwinden würde.

### ***Also sollte Deutschland doch aus der Eurozone austreten?***

Nein, diesen Schluss würde ich nicht ziehen. Wenngleich es falsch war, den Euro so einzuführen, wie es geschah, heißt es nicht, dass wir ohne Schaden wieder herauskämen, selbst wenn wir es wollten. Der Preis, den wir für einen Austritt aus der Eurozone zu zahlen hätten, wäre sehr hoch. Zum einen würden wir damit die deutsch-französische Achse zerstören und den Friedensaspekt des Euro gänzlich aufheben. Zum anderen würden wir damit freiwillig auf unsere Target-Forderungen verzichten, also die Forderungen, die die Bundesbank dadurch aufgebaut hat, dass man sich im Süden Ersatzkredite von seiner Notenbank geben ließ, während die Bundesbank ihre eigene Kreditvergabe an die Banken zurücknahm, weil sie das in Deutschland zirkulierende Geld durch die Erfüllung ausländischer Überweisungsaufträge in Umlauf brachte.

Die Bundesbank hatte zum Ende des Jahres 2013 ja immer noch für etwa 440 Milliarden Euro Target-Forderungen, obwohl viele dieser Forderungen bereits in Hilfskredite und von der EZB besicherte private Kredite umgewandelt worden waren. Wenn sie dieses Geld verliert, ist sie pleite, denn sie hat, nachdem sie bereits erhebliche Abschreibungsverluste realisieren musste, nur noch Eigenkapital im Umfang von 93 Milliarden Euro. Die ewigen Zinseinnahmen, die der Bundesbank wegen ihrer Target-Forderungen aus anderen Ländern der ehemaligen Eurozone zustehen, deren Gegenwert gerade den genannten 440 Milliarden Euro entspricht, gingen verloren.

Natürlich könnte man versuchen, etwas herauszuhandeln, obwohl es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Doch wird man uns, dessen bin ich mir sicher, dabei im Regen stehen lassen. Die Krisenländer Südeuropas würden vermutlich darauf verweisen, dass die Bundes-



regierung selbst anfänglich den Standpunkt vertreten hatte, die Target-Forderungen seien irrelevante Salden. Deutschland sei selbst schuld, so würden die südlichen Krisenländer vermutlich weiter argumentieren, wenn es den Euro vertragswidrig verlassen wolle, und müsse nun eben die Konsequenzen tragen.

Beide Seiten sind auch von daher betrachtet im Eurosystem gefangen und kommen da ohne Weiteres nicht wieder heraus. Die Südländer sind gefangen, weil sie ihre Wettbewerbsfähigkeit im Euro schwerlich wiederherstellen können, und Deutschland ist gefangen, weil es seine Forderungen verliert. Natürlich nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Nordländer wie etwa die Niederlande, Finnland oder Luxemburg, die alle erhebliche Target-Forderungen haben.

Ich muss aber gestehen, dass dieses Argument mit zunehmender Zeit an Relevanz verliert, weil Deutschland seine Target-Forderungen ohnehin teilweise wird aufgeben müssen. Entweder werden diese Forderungen ewig und nur extrem gering verzinst in der Bilanz der Bundesbank stehen bleiben, oder sie werden durch bloßes Umpacken der Kredite in Forderungen der fiskalischen Rettungsschirme oder in ein Haftungsrisiko im Zuge des OMT-Beschlusses der Zentralbank verwandelt. Genau deshalb habe ich mich durchgerungen, bei der Schuldenkonferenz, die ich fordere, auch einen Teilerlass der Target-Kredite ins Auge zu fassen.

Es bleibt aber das politische Problem der Zerstörung der deutsch-französischen Achse. Wenn man bedenkt, welchen Schaden die Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland in der Vergangenheit angerichtet haben, meine ich schon, dass Deutschland jedenfalls nicht aus dem Euro austreten, sondern lieber den Austritt anderer Länder in Kauf nehmen sollte. Mein Krisen-

programm dient dazu, die schlimmsten politischen Konsequenzen zu verhindern, ohne zugleich den Weg in eine Transfer- und Schuldenunion zu beschreiten, die Deutschland angesichts seiner absehbaren demographischen Probleme vor unlösbare Finanzprobleme stellen und eine Staatskrise auslösen könnte.

---

***Häufig wird als Argument gegen den Austritt gebracht, der deutsche Export breche zusammen, wenn Deutschland aus dem Euro austräte. Das ist für Sie kein Argument?***

Nein, und zwar aus zwei Gründen nicht. Zum einen ist unser Exportüberschuss viel zu groß, weil der Eurokurs für Deutschland viel zu niedrig ist. Die Exporte sind im Ausland zu billig, und die Importe sind im Inland zu teuer. Wir handeln für die Exporte nicht genug Importgüter ein und verschenken so einen Teil unseres Lebensstandards, zumal wir die im Ausland angelegten Ersparnisse, mit denen wir die Importe im Prinzip in der Zukunft erwerben könnten, wegen der Überschuldung der europäischen Krisenländer großenteils ohnehin nicht zurückbekommen. Dass Deutschland mit einem Leistungsbilanzüberschuss von 7,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die in den EU-Verträgen festgelegte Obergrenze von 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreitet, erwähne ich nur am Rande.

Der andere Grund ist, dass wir gar keine Angst vor einer übermäßigen Aufwertung haben müssen, weil die Bundesbank nach dem Muster der Schweizer Nationalbank jederzeit in der Lage wäre, die Aufwertung zu begrenzen, indem sie Devisen mit eigener Währung aufkauft und dann mit den Devisen ausländische Wertpapiere erwirbt. Die Schweiz hat den Kurs des Franken mit dieser Politik bei 1,2 Franken je Euro stabilisieren können, obwohl sie als kleines Land einer großen internationalen Spekulationswelle gegenüberstand.

Wenn das die Schweizer Nationalbank geschafft hat, schafft es die Bundesbank allemal. Die Schweiz ist durch ihre Politik zum größten Eigentümer deutscher Staatspapiere geworden. Diese Staatspapiere sind das ökonomische Pendant der deutschen Target-Forderungen, aber sie sind viel besser verzinst und stellen marktfähiges Vermögen dar, das man jederzeit liquidieren kann. Auf ähnliche Weise könnte die Bundesbank Wertpapiere in anderen europäischen Ländern erwerben, statt sich mit bloßen Target-Forderungen zufriedenzugeben, die niemals fällig gestellt werden können und Deutschland empfänglich für das Begehren anderer Länder nach weiteren Rettungskrediten macht.

Also sticht das Exportargument nicht. Was sticht, ist letztlich allein das politische Argument, dass aus Gründen des Friedens die deutsch-französische Achse erhalten bleiben muss.

## Eine Konföderation nach Schweizer Vorbild

***Wie also würden Sie dann – vor diesem Hintergrund – Ihre Vision von Europa beschreiben? Wohin soll die Reise gehen?***

Lassen Sie uns vor Beantwortung dieser Frage kurz zurückblicken und zentrale Aspekte des besprochenen Sechs-Punkte-Katalogs für eine Euro-Krisenbewältigung zusammenfassen. Das ist wichtig, denn die darin formulierten Forderungen an die Politiker der Euro-Staaten und der EZB weisen einen Bezug auf zu der Vision, die ich von Europa habe.

Also: Ich bin davon überzeugt, dass es möglich sein wird, die jetzige Krise durch eine Schuldenkonferenz – mit zu vereinbarenden

Schuldenschnitten – und temporäre Austritte der überschuldeten Länder aus dem Euroverbund zu lösen. Ein »atmender Euro« und eine Konkursordnung für Eurostaaten sollten in der Folge zum Standard werden. Das waren die Punkte eins, zwei, fünf und sechs.

Des Weiteren hoffe ich, dass man im Austausch dafür neue und bessere Spielregeln für das Eurosystem vereinbaren kann, die inflationäre Kreditblasen in Zukunft vermeiden. Stimmrechte der Staaten im EZB-Rat gemäß ihrem Haftungsumfang, restriktivere Regeln für die Benutzung der nationalen Gelddruckmaschinen und vor allem ein europäischer interner Goldstandard, wie ihn die USA bis 1975 hatten, gehören zwingend dazu. Das war der vierte Punkt.

Wichtig finde ich auch, und das war der dritte Punkt, dass die Krisenländer selbst etwas tun, um ihre Bonität wieder zu erhöhen. Dazu gehört es, dass man Steuern erhöht und insbesondere die Reichen des eigenen Landes über Vermögensabgaben zur Kasse bittet, bevor man in anderen Ländern betteln geht. Außerdem sollten die Länder ihren Gläubigern Sicherheiten anbieten, damit sie in den Genuss niedrigerer Zinsen kommen.

Aber man muss auch an die lange Frist denken. Hier bin ich zuversichtlich, dass mit den beschriebenen Maßnahmen der Weg zu einer politischen Union beschritten werden kann, die nach meiner Einschätzung die unbedingte Voraussetzung für eine gelingende Fiskalunion ist.

---

### ***Wie also könnte dieser Weg aussehen?***

Ich schlage vor, auf längere Sicht einen dezentral organisierten europäischen Bundesstaat nach dem Modell der Schweizer Konföde-

ration zu bilden, in dem ja die verschiedenen Volksgruppen und Kulturen trotz unterschiedlicher Sprachen friedlich und prosperierend miteinander leben. In einer solchen »europäischen Konföderation« gäbe es eine gemeinsame Regierung und ein gemeinsames Parlament, das jedem Bürger, anders als heute im EU-Parlament, das gleiche Stimmrecht gibt. Eine zweite Kammer zur Repräsentanz der Einzelstaaten – ob groß oder klein –, eine Regierung und eine gemeinsame Armee gehören ebenfalls zwingend von Anfang an dazu.

Niemand will zum Europa der Nationalstaaten zurück, doch wird uns die fatale Euro-Rettungsmaschine, die die Länder Europas zu Gläubigern und Schuldnern macht, genau dorthin bringen, wenn wir jetzt nicht den Mut zu einem großen Sprung nach vorn aufbringen.

---

### ***Warum die Schweiz als Vorbild?***

Die Schweiz ist ein kulturell bunter Staat, der sich über die Jahrhunderte gebildet und im Laufe der Zeit immer mehr an politischer Stabilität gewonnen hat. Die Schweizer Konföderation begann als militärisches Schutzbündnis und hat sich anschließend allmählich zu einer Fiskalunion entwickelt. Dabei ging die Zentralisierung immer nur maßvoll voran und hat niemals den Zustand der Schuldengemeinschaft erreicht, der nun so vehement von einigen europäischen Regierungen gefordert wird. Die Schweiz kennt keine Haftung der Eidgenossenschaft – also der bundesstaatlichen Zentralgewalt – für Kantone, die in Schwierigkeiten geraten, und genau deshalb hat sie Schuldenexzesse bislang weitgehend vermeiden können. Jeder Kanton ist für sein eigenes Budget verantwortlich, und wenn er Schulden macht, muss er sie auch zurückzahlen.

Er kann, wenn er sich übernommen hat, nicht einfach den Bundesstaat anrufen und ihm die Rückzahlung überlassen. Es gibt auch keine gemeinsamen Anleihen, die die Kantone begeben, und keine gegenseitigen Schutzversprechen außer im militärischen Bereich. Natürlich gibt es einen Bundesstaat – mit sehr reduzierten Aufgaben –, aber der steht nicht zur Verfügung, um einzelne Gebietskörperschaften zu retten, wenn sie Finanznöte haben. Stattdessen lässt man die Gebiete notfalls pleitegehen, was bedeutet, dass die Gläubiger ihr Geld nicht wiederbekommen. Diese Verlustmöglichkeit ist heilsam, weil sie dazu führt, dass die Gläubiger im Vorhinein Zinsaufschläge verlangen, wenn sich eine solche Gebietskörperschaft zunehmend verschuldet. Die Zinsaufschläge wiederum sind eine Schuldenbremse, die das Unglück einer drohenden Überschuldung in der Regel verhindert.

Als die Kantone Genf, Solothurn, Waadt, Appenzell-Auserrrhoden und Glarus in Schwierigkeiten kamen, half ihnen niemand. Aber sie konnten sich gerade noch selbst helfen, weil die Kapitalanleger, die ihnen Geld geliehen hatten, rechtzeitig die Notbremse gezogen hatten. Der Gemeinde Leukerbad indes, die sich in der Hoffnung auf die Unterstützung mit Gemeinschaftsgeld übermäßig verschuldet hatte, blieb 1998 nichts anderes übrig, als den Konkurs zu erklären. Die gerichtlichen Klagen der Gläubiger gegen den Kanton Wallis, von dem man die Rückzahlung der Schulden der Gemeinde Leukerbad verlangte, blieben erfolglos. Das Beispiel Leukerbads hat die fundamentale Bedeutung der No-Bailout-Regel für die Funktionsfähigkeit der Schweizer Konföderation bestätigt und weiter untermauert.

Die Konföderation der Schweiz als Vorbild für ein zukunftsfähiges Europa zu nehmen, erscheint mir auch deshalb so wichtig, weil es für Deutschland politisch unklug wäre, den Maastrichter Vertrag zu

kündigen, ohne zugleich ein neues Modell für Europa anzubieten, das auch anderen Ländern attraktiv erscheint. Man braucht einen positiven Ansatz, der von den anderen Völkern Europas als erstrebenswert angesehen wird und ein wirklicher Beitrag für mehr Frieden und Prosperität in Europa ist.

Die europäischen Bürger sind bereit, Härten zu ertragen, aber sie brauchen ein Ziel, das sich anzustreben lohnt. Ein Europa, geordnet nach dem Modell der Schweiz, könnte so ein Ziel sein.

---

### ***Und der Euro?***

Eine »Europäische Konföderation« nach dem Schweizer Modell könnte auf der Basis des Euro begründet werden, aber nur dann, wenn der Euro mit den oben dargestellten Maßnahmen zu einem attraktiven, funktionsfähigen Währungsverbund gemacht wurde, dem zuvor auch die ost- und nordeuropäischen Länder beigetreten sind.

Auf der Basis des heutigen Euroverbundes könnte das schon aus geographischen Gründen nicht gelingen. Der heutige Euro spaltet mehr, als dass er eint. Ihm wollen die großen Länder Osteuropas sicherlich nicht beitreten, bevor die inneren Spannungen des Eurosystems gelöst sind. Gerade kürzlich hat der ehemalige polnische Ministerpräsident Marek Belka seine Landsleute vor einem solchen Beitritt gewarnt. Es wäre deshalb fatal, wenn wir den europäischen Staat auf der Basis des jetzigen Eurogebietes anstreben würden. Dann würde die Ostgrenze der heutigen Eurozone zur Ostgrenze der Konföderation, Deutschland wäre in eine Randlage gedrängt und Mitteleuropa gespalten.

Es kann deshalb nicht im deutschen Interesse liegen, die Vision der »Europäischen Konföderation« auf der Basis des heutigen Eurosystems zu verfolgen. Die richtige geographische Basis für die Vision einer Konföderation nach dem Modell der Schweiz ist eher die der EU als die des heutigen Eurogebiets. Damit diese Basis Wirklichkeit werden kann, muss der Euro zunächst an Haupt und Gliedern reformiert werden, sodass er attraktiv für die Staaten Nord- und Osteuropas wird, ja hoffentlich irgendwann auch für Großbritannien.

Erst wenn dieser Zustand erreicht und die Konföderation geschaffen ist, würde ich das von mir oben beschriebene Modell des »atmenden Euro« bzw. der »atmenden Eurozone« wieder aufgeben. Ökonomisch betrachtet wäre das möglich, weil es in der Föderation genug zentralstaatliche Macht gibt, lokale Schuldenexzesse mit politischen Mitteln zu vermeiden. Die meisten anderen der oben beschriebenen Maßnahmen bleiben aber auch in der Konföderation erforderlich.

---

***Wo sehen Sie die größten Probleme, wenn Sie an die Spezifizierung und die Umsetzung einer solchen Vision von Europa denken?***

Bei unserem Nachbarn Frankreich. Die französischen Präsidenten haben sich stets gegen das Fernziel der Vereinigten Staaten von Europa ausgesprochen. In Frankreich beißt man beim Thema der politischen Union auf Granit. Eine Fiskalunion zur Vergemeinschaftung der Schulden ist willkommen. Aber wehe, wenn es darum geht, dass Frankreich einen Teil seiner Souveränität – gar noch im militärischen Bereich – an europäische Instanzen abgeben soll. Dann erntet man heftiges Kopfschütteln.



### ***Was also tun?***

Überzeugungsarbeit leisten, denn so kann es nicht weitergehen. Um Frankreichs Banken und Firmen zu helfen, schützen wir die französischen Kunden in Südeuropa mit sehr viel Geld. Unsere Leistungen werden zwar nicht auf dem Konto der Franzosen verbucht, aber der Schutz Frankreichs steht hinter der gesamten Rettungsarchitektur. Frankreich muss sich nun bewegen und bereit sein, einer echten politischen Union zuzustimmen und dafür die notwendigen Souveränitätsverzichtete zu leisten.

Wir wissen alle, dass Frankreich den Euro nicht eingeführt hat, um anschließend ein gemeinsames europäisches Haus zu konstruieren. Das wollte zwar Helmut Kohl, aber François Mitterand und seine Nachfolger ließen Kohl mit seinen Vorstellungen von einer politischen Union im Austausch für die Aufgabe der D-Mark auflaufen. Die deutsche Vereinigung bot die willkommene Gelegenheit, anstelle der eigenen Souveränität die Zustimmung zur deutschen Einigung zu verkaufen. So musste Kohl die D-Mark aufgeben, ohne der politischen Union auch nur einen Schritt näher zu kommen.

Frankreich wollte lediglich das Diktat der D-Mark loswerden und sich zugleich niedrigere Zinsen für seine Staatsverschuldung ermöglichen. Davon versprach man sich einen wirtschaftlichen Aufschwung. Der kam auch nach dem Gipfel von Madrid, der im Jahre 1995 die Weichen für den Euro gestellt hatte. Den Deutschen lief damals angesichts der vermeintlichen Sicherheit in Südeuropa das Kapital weg. Doch hielt der Boom gerade einmal ein gutes Jahrzehnt. Mit dem Beitritt der osteuropäischen Niedriglohngebiete in der Mitte des letzten Jahrzehnts und der Finanz- und Wirtschaftskrise Latein Europas in den Jahren ab 2007 schlug er in eine fundamentale Existenzkrise um, die die Industrie und die Banken Frankreichs

fortan massiv bedrohte. Diese Krise wird Frankreich auch weiterhin stark zusetzen, weil gar nicht absehbar ist, dass die durch die Kreditblasen überteuerten Länder Südeuropas im Wettbewerb mit den osteuropäischen Ländern wirtschaftlich bestehen können. Im Grunde hatte sich Frankreich mit dem Euro, der das Land selbst, aber mehr noch seine Kunden in Südeuropa in die Inflation trieb, einen Bärenienst erwiesen. Für die stolze französische Elite muss es sich – jenseits aller Verdrängungskünste – erniedrigend anfühlen, vom alten Erzfeind gerettet und ausgehalten zu werden, aber das ist nun mal der Sachverhalt.

Es ist an der Zeit, der französischen Politik die Frage zu stellen, ob es nicht angemessen wäre, jetzt den Widerstand gegen eine echte politische Integration Europas aufzugeben. Die *French Affair with German Money* ist kein akzeptables Geschäftsmodell für Europa. Und auch nicht für Frankreich selbst.

Die deutsche Politik sollte Frankreich und den anderen Ländern Europas nun einen mutigen Zukunftsentwurf für Europa anbieten, der deren nationale Belange berücksichtigt, aber doch auch von dem einen oder anderen Land verlangt, über seinen Schatten zu springen.

Warum etwa richtet die deutsche Kanzlerin nicht endlich eine Rede an die Völker Europas, in der sie den guten Willen Deutschlands bekundet und ein Programm zur Neuordnung der Eurozone inklusive eines Schuldenschnitts vorschlägt, das die Chance bietet, zu einer Konföderation nach Schweizer Muster zu gelangen?

Das wäre dann eine echte Perspektive für Europa.

# Der Autor

Hans-Werner Sinn ist seit 1984 Ordinarius in der volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Jahr 1999 wurde er zudem Präsident des ifo Instituts in München und zum Leiter des internationalen CESifo-Forschernetzwerks ernannt, weltweit eines der größten seiner Art. Sinn war Präsident des IIPF, des Weltverbandes der Finanzwissenschaftler, und Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik, des Verbandes der deutschsprachigen Ökonomen. Er hat in Kanada gelehrt und Forschungsaufenthalte an den Universitäten Stanford, Princeton, Boston, Bergen, Jerusalem und Boston sowie an der London School of Economics absolviert.

Für seine Arbeit erhielt Hans-Werner Sinn zahlreiche hochrangige Preise und Auszeichnungen, darunter das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und den Europapreis der Universität Maastricht. Ihm wurde die Ehrendoktorwürde der Universitäten Magdeburg und Helsinki sowie der Handelshochschule Leipzig zuerkannt.

Sinn veröffentlichte zahlreiche Artikel in internationalen Fachzeitschriften sowie Fachbücher bei internationalen Wissenschaftsverlagen. Er ist einer der renommiertesten und wissenschaftlich am häufigsten zitierten Ökonomen des Landes. Nach einer Umfrage der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist Sinn zugleich der deutsche Ökonom, dessen Rat deutsche Politiker am meisten schätzen. Für die britische Zeitung *The Independent* zählt er wegen seiner Forschungen zum Euro zu den zehn wichtigsten Menschen, die 2011 die Welt verändert haben, und *Bloomberg* führte ihn 2012 als einzigen Deutschen in der 50 Personen umfassenden Liste der weltweit wichtigsten Menschen aus dem Bereich der Wirtschaft.

In Deutschland initiiert und prägt er immer wieder wirtschaftspolitische Debatten, zuletzt u. a. mit seinen Büchern *Das grüne Paradoxon*, *Kasino-Kapitalismus* und *Die Target-Falle*. Im Ranking der 500 wichtigsten deutschen Intellektuellen der Zeitschrift *Cicero* wurde er zuletzt auf Rang 14 geführt.

Hans-Werner Sinn gilt zudem als einer der Vordenker der Riester-Rente und der im März 2003 angestoßenen Agenda 2010, dem wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Reformpaket seit Ludwig Erhards Weichenstellungen für die soziale Marktwirtschaft. Er ist einer der in Deutschland und Europa maßgeblichen Kritiker einer aus seiner Sicht verfehlten Europapolitik.

Jens Schadendorf

*München, im März 2014*

# Der Gesprächspartner von Hans-Werner Sinn

Die diesem Buch zugrunde liegenden Gespräche mit Hans-Werner Sinn führte Jens Schadendorf.

Hans-Werner Sinn und sein Interviewpartner kennen und schätzen sich seit mehr als zwölf Jahren. Im Frühsommer 2002, also etwa ein Dreivierteljahr vor dem Start der Agenda-2010-Reformen, trafen sie sich verschiedene Male und entwickelten die Idee eines wegweisenden Buches zur Überwindung der damaligen Wachstumschwäche des Landes. Schadendorf war zu jener Zeit Leiter des Econ Verlags.

Sinns so entstehendes Werk »Ist Deutschland noch zu retten?« wurde nicht nur zum Verkaufsrekord brechenden und mehrfach preisgekrönten Bestseller. Es war ebenfalls das intellektuelle Fundament wesentlicher Teile der erfolgreichen Agenda-2010-Reformen.

Zehn Jahre nach dieser ersten bereichernden Zusammenarbeit trafen sich Sinn und Schadendorf ab Oktober 2012 bis in den Winter 2014 hinein zu mehreren langen Gesprächen, in denen sie wesentliche Zukunftsfragen Deutschlands gründlich diskutierten. Basierend auf diesen Gesprächen erschien bereits vor einem Jahr zunächst das kompakte Büchlein »Verspielt nicht eure Zukunft«, das zu einem kleinen Bestseller avancierte und sich allen wichtigen Fragestellungen des Landes zuwandte. Lediglich die schwelende Eurokrise war ausgenommen. Sie sollte wegen ihrer besonderen Komplexität Thema eines weiteren, deutlich längeren, aber immer noch kompakten Buches werden, das mit »Gefangen im Euro« nun vorliegt.

Jens Schadendorf ist heute publizistischer Unternehmer und daneben u. a. Autor sowie freier Forscher am Stiftungslehrstuhl für Wirtschaftsethik der TU München. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – insbesondere Politische Ökonomie, BWL und Entwicklungsökonomie – in Hamburg, Bangkok, Singapur und Fribourg (Schweiz). Danach war er lange Buchverleger, u.a. als Programmleiter der Verlage Gabler und Econ, und erhielt für seine Arbeit mehrere Auszeichnungen.

Zahlreiche Veröffentlichungen, etwa regelmäßig für die *Financial Times Deutschland*, zuletzt auch bei *ZEIT online*, aktuell zudem Mit-herausgeber der *Edition Debatte* im Redline Verlag, in dem dieses neue Werk von Hans-Werner Sinn wieder erscheint.